Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 30. September 1885. Nr. 454.

Deutschland

Berlin, 29. September. Der Kaiser erfreut sich, wie wir aus Baden-Baden erfahren, des besten Wohlseins; ebenso ist auch das Befinden der Kaiserin recht erfreulich. Leider ist seit einigen Tagen wieder trübes regnerisches Wetter eingetreten, welches den Kaiser veranlaßte, seine Spazierfahrten zu unterbrechen. Prinz Albrecht von Preußen hat gestern Abend Berlin wieder verlassen, um sich nach Schloß Kamenz in Schlesien zu begeben. Dort sind Tags zuvor von Hummelshain bezw. Altenburg auch die Prinzessin Albrecht nebst ihren drei Söhnen, den Prinzen Friedrich Heinrich, Joachim Albrecht und Friedrich Wilhelm, eingetroffen. Prinz Albrecht gedenkt noch einige Wochen in Schlesien zu verbleiben.

— Der kleine Belagerungszustand ist für Berlin und Umgegend und ebenso für Altona und Umgebung bis zum 30. September 1886 verlängert worden.

— Die Frage der Versorgung derjenigen Beamten, welche vor Inkraftsetzung des Unfallversicherungsgesetzes bei Privat Unfallversicherungs-Gesellschaften beschäftigt waren, hat in den Verhandlungen im Reichstage sowohl als auch in der Diskussion der Presse eine bemerkenswerthe Rolle gespielt. Daß die Reichsbehörden diese Frage nicht aus dem Auge verloren haben und, soweit es in ihrer Macht steht, bemüht sind, jene Beamten vor Schädigung zu bewahren, beweist ein neuerliches Zirkular des Reichs-Versicherungsamtes. Dasselbe hat nämlich an alle Vorstände der Berufsgenossenschaften Verzeichnisse solcher Personen übersandt, welche geneigt sind, bei den Genossenschaften eine Stellung zu übernehmen. Wie die „Berl. Politischen Nachrichten“ hören, ist es auch in der That bereits gelungen, mehreren von diesen Privatbeamten passende Stellungen zu verschaffen.

— Die Anhänger der Doppelwährung suchen aus einer Antwort, welche einer betreffenden Eingabe eines märkischen Bauernvereins an den Fürsten Bismarck von demselben zu Theil geworden ist, Kapital zu schlagen. Wie indessen aus der Umgebung des Reichskanzlers bekannt wird, treffen die dem Bimetallisten günstigen Schlußfolgerungen nicht zu, da der Reichskanzler nach wie vor nicht geneigt wäre, das jetzige Münzsystem abzuändern. Jedenfalls steht es fest, daß auch seitens der größeren Bundesstaaten keine Neigung besteht, für das System der Doppelwährung einzutreten, ein Umstand, den der Fürst Bismarck bei seiner Stellungnahme in dieser Frage sicherlich nicht außer Acht läßt.

— Unter den Führern der Generalsynode-Parteien ist, wie die „Magd. Ztg“ hört, ein Einvernehmen dahin erzielt worden, daß am 10. Oktober, dem ersten Sitzungstage der Synode, das frühere Präsidium wiedergewählt werden soll. Hiernach wird also Graf v. Arnim Boytzenburg Präses und Superintendent Rübsam Vizepräses. Der Präses ist der stärksten Partei der Synode, der positiv unirten, entnommen, und der Vizepräses gehört der zweitgrößten Partei, der konfessionellen, an. Viele Plätze im Herrenhaus-Plenum sind bereits belegt: auf der Rechten sitzen, durch einen Gang getrennt, v. Kleist Retzow und Präsident Hegel, neben diesem Generalsuperintendent Braun und hinter diesen Beiden Dr. Heffter und Superintendent Tauscher. Im Zentrum hat den Eckplatz der zweiten Reihe D. Kögel inne, der der Führer der Positiv Unirten ist; neben ihm sitzt Generalsuperintendent Dr. Schulze-Elben. Die beiden Hofprediger Stöcker und Schrader haben Plätze auf der vierten Reihe des Zentrums belegt. Links finden wir die Mitglieder der evangelischen Mittelpartei. Rechts und links vom Gange, der die Partei von den Positiv-Unirten trennt, haben D. v. d. Goltz, Schrader, Beyschlag und Schlottmann Eckplätze, eben so Pinckernelle, Oberpfarrer in Egeln bei Magdeburg. Sind sämmtliche Mitglieder der Synode anwesend, so bleibt kein Platz im Herrenhausplenum unbesetzt: Neben Dr. Hermes, dem Oberkirchenrathspräsidenten, hat am Ministertisch des Hauses General-Superintendent D. Brückner als zweiter Präsident der obersten Kirchenbehörde seinen Platz. Für den Kultusminister D. v. Goßler ist ein bestimmter Sitz nicht eingeräumt, auch für seine Kommissare nicht. Der Minister wird nur selten den Berathungen beiwohnen. Es ist Vorsorge getroffen, daß die drei Fraktionen der Synode am 9. Oktober Abends 7 Uhr in den Räumen des Herrenhauses sich versammeln können; sie bedürfen also überhaupt nicht eines Fraktionssaales in der Stadt, wie dies noch nöthig war, als die konstituirende Generalsynode zusammentrat. Damals zählte die evangelische Mittelpartei so viele Mitglieder, daß diese in der Passage sich versammeln mußten, weshalb die Partei lange den Namen Passagepartei trug, den sie erst beim Zusammentritt der ersten ordentlichen Generalsynode ablegte. Die Mittelpartei ist numerisch diesmal die schwächste, aber sie verfügt über viele exzellente Redner und über ausgezeichnete Arbeitskräfte.

— Auf dem jüngsten brandenburgischen Städtetage wurden in längerer Diskussion die bisherigen Erfahrungen mit dem Kranken-Versicherungsgesetze ausgetauscht. Es konnte erwartet werden, daß in Anbetracht der kurzen Zeit, welche seit der Durchführung verflossen ist, und der verschiedenartigen Verhältnisse der einzelnen Städte eine Uebereinstimmung nicht vorhanden sein würde. Wir begnügen uns daher, aus den Berichten über die Verhandlungen die Mittheilung eines Vertreters von Brandenburg zu erwähnen, nach welcher man dort beabsichtigt habe, durch Statut die Mitglieder der Ortskrankenkassen zu verpflichten, sich beim Tode eines der Kasse Angehörigen am Leichengefolge zu betheiligen; man scheint es in Brandenburg unangenehm empfunden zu haben, daß der Regierungspräsident diese Bestimmung nicht genehmigen wollte. Unseres Erachtens sollte man sich, zumal in der ersten Zeit, wo die Erfahrung erst lehren muß, ob manche Bestimmungen des Gesetzes überhaupt ihrem Zwecke entsprechen, hüten, die Kassenstatuten mit Bestimmungen auszustatten, die im Gesetze nicht vorgesehen und vorläufig wenigstens überflüssig sind. Wenn man auch das Gute, welches der Absicht des Brandenburger Magistrats zu Grunde lag, anerkennen kann, so darf man sich doch auch nicht verhehlen, daß eine solche Bestimmung, wenn sie den Mitgliedern einer Zwangskasse auferlegt ist, unter allen Umständen sehr bedenklich ist. Da die Leichenbegängnisse mit Ausnahme der am Sonntag stattfindenden immer in die Arbeitszeit fallen werden, so würde man den Kassenmitgliedern eine Schmälerung ihres Einkommens auferlegen, zu welcher eine Behörde nicht das geringste Recht hat, ganz abgesehen davon, daß die erzwungenen Feierstunden in den meisten Fällen durch anschließende Kneipereien sich über den ganzen Tag ausdehnen würden. Es ist uns immer sehr zweifelhaft gewesen, ob ähnliche Vorschriften in den Statuten von Krieger-, Arbeiter- und Gesellenvereinen durchweg zu billigen sind; immerhin handelt es sich dabei um Statuten, welche der Einzelne freiwillig unterschreibt, von denen er sich also auch zurückziehen kann, wenn ihm ihre Befolgung nicht mehr zusagt. Daß ein obrigkeitlicher Zwang in dieser Richtung ausgeübt werden dürfe, halten wir aber für ganz ausgeschlossen.

— Ueber den Sozialistenprozeß liegt aus Chemnitz, 29. September, folgendes Telegramm vor:

Die Beweisaufnahme wird heute fortgesetzt. Um den Nachweis zu liefern, daß die Parteileitung geheim gehalten werde, wird ein Artikel des „Sozialdemokrat“ vom 9. November 1882 verlesen. Bebel erklärte auf die einschlägige Frage des Präsidenten, die Parteileitung übernehme nur dann die Verantwortung für Artikel, wenn dieselben unterzeichnet seien. In Betreff der Wiedergabe des Stenogramms einer Reichstagsrede Hasenclever's schloß sich der Gerichtshof einer Entscheidung des Reichsgerichts an, wonach ein Stenogramm als Urkunde zum Beweise dafür, daß eine inkriminirte Aeußerung gethan worden, zu betrachten sei. Vertheidiger Munckel protestirte gegen die Verlesung und verlangte die Gegenwart Hasenclever's, worauf der Staatsanwalt unter Verzicht auf dieses Beweismittel dasselbe fallen läßt. Sodann kam ein weiterer Artikel des „Sozialdemokrat“ zur Verlesung, welcher schließt: „Wir pfeifen auf eure Gesetze.“ Hierüber befragt, erklärte Bebel, dies sei eine Phrase, die er und seine Partei oft und gern gebrauchten. Gegen die von dem Staatsanwalt beantragte Verlesung einer Reichstagsrede des Mitangeklagten Vollmar protestirte der Vertheidiger Munckel, weil Vollmar nicht anwesend sei. Auch in diesem Falle verzichtet der Staatsanwalt auf dies Beweismittel.

— Von der Konstantinopler Botschafter-Konferenz erwartet man zunächst, daß sie dem Fürsten Alexander zu Gemüth führen werde, nicht die Pforte allein, sondern Europa sei durch die bulgarische Empörung angegriffen worden. Die Vereinigung der „beiden Bulgarien“ etwa in der Art, daß der Fürst von Bulgarien zugleich Gouverneur von Ostrumelien wäre, wird vielfach als

Feuilleton.

Allerlei.

Eine interessante Beschreibung des Berliner Paradefeldes finden wir in den „New York Semi-Weekly Times“. Sie lautet: „Das Tempelhofer Feld ist eines der ausgedehntesten und ebensten Exerzierterrains der Welt. Es umfaßt den Distrikt zwischen Berlin und der südlich desselben gelegenen Stadt Tempelhof; im Osten und Westen ist es von Rerdorf und Schonberf begrenzt, welche, einst friedliche Dörfer, jetzt in die schönsten Villenkolonien umgewandelt sind. Die größte Ausdehnung zwischen diesen beiden beträgt zwei Meilen (englisch). Die ganze Berliner Garnison kann mit Leichtigkeit auf diesem Felde manövriren. Es ist ein historischer, von der Zeit geadelter Rendezvous-Platz, voll stolzer Erinnerungen für den preußischen Soldaten. Auf diesem Felde hielt Friedrich der Große seine berühmten Revuen ab, zu welchen er die Blüthe der europäischen Armee als Zuschauer einzuladen pflegte. Zu jener Zeit war die Inspektion mehr von der Natur unserer (der amerikanischen) Herbstmanöver, weil zwischen den Exerzierübungen und den Feldmanövern noch kein so wesentlicher Unterschied stattfand, wie heute. Dennoch erforderten Schlachten wie Roßbach und Leuthen viele komplizirte Bewegungen im Feuer, welche der exakten Kriegskunst gemäß geübt werden mußten. Frühere Taktiker suchten mit Vorliebe flache Terrains aus, jetzt nehmen sie das Land, wie sie es finden und exerziren in verschiedenen Stellungen, je nachdem es die Formation des Bodens erfordert. Der große König sah mit Bedauern, wenn der Winter den Inspektionen ein Ende machte und die Truppen sich nunmehr allzu langer Ruhe hingeben mußten. Mancher Befehlshaber ging zu einer solchen Revue mit mehr Unbehagen und Furcht, als in eine Schlacht. Das weitblickende Auge des Herrschers gewahrte selbst den kleinsten Fehler, seine Disziplin war streng, seine Strafe unnachsichtlich. Manche brillant begonnene Karriere fand auf dem Paradefelde ein jähes Ende und die besten Generäle, wie Seydlitz und Ziethen, setzten sich durch Begehung rein taktischer Fehler dem Mißfallen des Königs aus. Er belohnte die Tüchtigkeit beim Manöver, wie er die Tapferkeit in der Schlacht auszeichnete, durch Rangerhöhungen und Verleihung der höchsten Orden.“ Man sieht, daß der Verfasser dieses Artikels kein Berliner Kind und auch kein Militär von Fach ist, denn, abgesehen davon, daß das Tempelhofer Feld noch bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein dicht mit Getreide bestellt war, und selbst Friedrich Wilhelm IV. noch Paraden auf dem jetzigen Königsplatze, einem damals bedeutenden Exerzierterrain, abnahm, so hätte er mit der Umgebung Berlins besser Bescheid gewußt und vor Allem nicht Friedrich den Großen, sondern unseren greisen Heldenkaiser auf dem Paradefelde beschrieben.

* * *

(Strafe eines Geizhalses.) Peter der Grausame von Kastilien soll einst einen Geizhals, der wegen mehrfacher Wuchereien bei ihm verklagt war, zu einer grausamen, aber seinem Geize wunderbar angepaßten Strafe verurtheilt haben. Er ließ nämlich den Geizhals, von allen seinen Schätzen umgeben, in einen Kerker sperren, ohne ihm Nahrung und Trank zu reichen. Natürlich wurde der Geizhals bald von Hunger und Durst gequält und bat, ihm wenigstens ein Stück Brod und einen Krug Wasser zukommen zu lassen. Der Gefangenwärter sagte, das könne er bekommen, aber nur gegen Bezahlung, und nannte zugleich einen so ungeheuren Preis für ein einziges Brod und ein Maß Wasser, daß der Geizhals schaudernd ausrief, so viel könne er unmöglich bezahlen. Bald indeß machten Hunger und Durst ihre Rechte noch lauter geltend und der Gefangene rief, er wolle den Preis bezahlen, weil er sonst verschmachten müsse. Allein der Kerkermeister entgegnete höhnisch, durch sein Zögern habe er den Preis verscherzt, und nannte nun noch eine weit größere Summe. Da beschloß der Geizhals, einen Versuch zu machen, ob er das schreiende Bedürfniß seines Magens nicht unterdrücken könne, denn lieber, so meinte er, würde er sterben, als für diese einfachen Lebens-Bedürfnisse, von denen das eine sogar dem Aermsten umsonst zu Gebote steht, ein solches Heidengeld zahlen. Aber seine Kräfte waren dem Kampfe nicht gewachsen und verzweifelnd schrie er bald, daß er auch diese höhere Summe zahlen wolle. Nun reichte der Kerkermeister gegen sofortige Entrichtung der Summe dem Gefangenen zwar das Verlangte, aber in so geringer Menge, daß das Bedürfniß bald mit erneuter Kraft zurückkehrte. Auf ähnliche Weise wiederholte sich das Spiel noch mehrmals, bis des Wucherers Vermögen zu der bescheidenen Summe zusammengeschmolzen war, die er von seinem Vater ererbt hatte. Dann ließ der König ihn vor sich kommen und sprach: „Du hast jetzt erkennen gelernt, wie schwer es den Armen zuweilen wird, sich die unentbehrlichsten Lebens-Bedürfnisse zu verschaffen, und ich hoffe, Du wirst Dir die empfangene Lehre zur Warnung dienen lassen, in Zukunft nie wieder mit Deinem Gelde Wucher zu treiben und dadurch den Armen, welchen die Noth zwingt, Deine Hülfe zu suchen, auf die grausamste Weise zu mißhandeln. Versprichst Du mir, Dich in Zukunft zu bessern, so sollst Du für jetzt entlassen sein; fällst Du aber in Deinen alten Fehler zurück, so büßest Du ihn mit dem Leben.“ Der Wucherer gelobte Besserung und hielt so treulich Wort, daß er bei seinem wenige Jahre darauf erfolgten Ableben keinen Groschen im Vermögen hinterließ.

* * *

In unserer Zeit der Jubelfeiern ist eine eiserne Hochzeit fast sang- und klanglos vorübergegangen, an der doch die ganze Welt ein hervorragendes Interesse hat. Am Sonntag waren es 60 Jahre, daß George Stephenson zu Darlington seine erste Lokomotive, die „Rakete“, auf dem Schienenweg in Bewegung setzte. Unter Drohungen der Straßenkommissäre, die das Beginnen unerhört nannten, ging der Zug von Darlington ab. Aus Neugierde bestiegen etwa fünfhundert Bauern die Waggons, um die Probefahrt mitzumachen, und auch die Kohlenlast war sehr stark. Stephenson ließ den Zug in der damals merkwürdigen Geschwindigkeit von fünfzehn englischen Meilen pro Stunde laufen. Die Zuschauer waren vor Staunen außer sich, als sie sahen, wie vergeblich sich der Omnibus abmühte, mit der Eisenbahn um die Wette zu fahren. Heute durchbrausen Eilzüge das deutsche Reich in einem Tage, und die Eisenbahn hat unserem ganzen gesellschaftlichen Leben ein neues Gepräge aufgedrückt. Immer weitere Gebiete erschließt sich die Verbindung von Dampfroß und Schienenwegen. So wird zum diesjährigen Oktoberfest in München die Firma Krupp eine Feldeisenbahn ausstellen. Dieselbe hat den Zweck, die nur zeitweise nöthigen Massentransporte auf geringe oder auf größere Entfernungen bei möglichst großer Billigkeit zu vermitteln. Das Geleise dieser Bahn besteht aus einzelnen, für sich ein Ganzes bildenden Abtheilungen, auch Joche genannt, die wegen ihrer geringen Länge und großen Leichtigkeit von einem resp. zwei Menschen getragen und aneinander gelegt werden können. Eine Ebnung des Bodens bei Anwendung dieser Joche von geringer Länge ist nicht erforderlich; selbst Steine, Stämme u. s. w. bilden kein schwieriges Hinderniß für das Legen des Geleises, und selbst da, wo dieses Hinderniß nicht zu überschreiten ist, kann dasselbe sehr leicht seitlich umgangen werden. Wahrscheinlich wird für unsere kolonialen Erwerbungen diese Art des Bahnbaus von Bedeutung werden.

ein geeignetes Mittel angesehen, die Ruhe auf dem Balkan und den Fürsten Alexander als Lehnsmann der Pforte zu erhalten. Es ist möglich, daß wenigstens in dieser Richtung die Lösung der Schwierigkeit versucht wird; einiger Zweifel am Gelingen ist jedenfalls gerechtfertigt. Der Gouverneur von Ostrumelien wird im Einverständniß mit den Mächten nur auf Zeit ernannt; es kann also unmöglich der jeweilige Fürst von Bulgarien, obwohl er Lehnsmann der Pforte ist, geborener Statthalter von Ostrumelien sein; es sei denn, daß in diesem Punkte der Berliner Vertrag geändert werde. Das ist aber nicht die Hauptschwierigkeit. Letztere liegt in der militärischen Bedeutung Ostrumeliens und des Balkans für die Pforte. Letztere sollte militärisch im Besitz Ostrumeliens bleiben, und grade die Miliz war es, die gegen die Pforte meuterte. Soll man nun der Pforte ein ständiges Besetzungsrecht und einen Militärstatthalter neben dem Zivilstatthalter einräumen? Letzterer, der also der Fürst von Bulgarien wäre, müßte neben jenem, wenn er seinem Posten richtig vorstände, zur Null herab sinken. Angenommen nun, daß die Pforte sogar, um den vermutheten größeren Gefahren vorzubeugen, Ostrumelien thatsächlich aufgäbe und sich mit einer Genugthuung begnügte, die in einem Namen und einem Titel — der Oberhoheit — bestände: so würden doch, sehr im Gegensatze zur Pforte, die anderen Balkanstaaten, Griechenland, Serbien, Montenegro, das Schwergewicht nicht für unverrückt halten, sondern für die Wahrung der Interessen des Hellenismus, des Serbenthums, des montenegrinischen Staates sich erheben. Dann hätte die Pforte den kleinen Krieg mit dem Bulgarenfürsten vermieden, dafür aber den allgemeinen Brand entfacht, dessen sie so leicht nicht Herr werden dürfte. Die Mächte aber würden gewiß eben so wenig wie sie die Pforte gegen den Bulgarenfürsten mit der Waffe unterstützen, zu ihrer Unterstützung gegen Griechen und Serben etwas anderes in Bewegung setzen als die Diplomatie; wir fürchten sehr, daß letztere in diesem Falle weniger Furcht einflößen würde als jetzt, wo es sich nur um Bulgarien handelt, dessen militärische Schwäche lediglich unter der Diplomatischen zugedeckt werden soll. Die Friedensaussichten sind glücklicherweise noch immer vorhanden; die eigentliche Gefahr aber droht vielleicht erst, nachdem die Konferenz ihre Beschlüsse gefaßt haben wird.

— Das heutige „Journal de St. Petersbourg" enthält eine Darlegung von dem eigentlichen Charakter der bevorstehenden Konferenz in Konstantinopel. Der betreffende Artikel hat folgenden Inhalt:

Die Auslegung, welche die Zeitungen der von den Mächten in Konstantinopel beschlossenen diplomatischen Aktion geben, zu welcher das russische Kabinet die Initiative ergriffen hat, scheint uns nicht vollkommen zutreffend zu sein. Soviel wir wissen, handelt es sich nicht um eine förmliche Konferenz, sondern einfach um eine Vereinigung der Botschafter der Großmächte in Konstantinopel, um der diplomatischen Aktion, welche die Kabinete allem Anscheine nach bei den beiden Parteien auszuüben wünschen, einen einheitlichen Charakter zu geben, sowohl um jedem Konflikt und jedem Blutvergießen vorzubeugen, als auch um den Großmächten, denen das Recht und die Pflicht zusteht, über die Bestimmungen des Berliner Vertrages zu disponiren, Zeit zu gewähren, eine den Interessen der Türkei und Bulgariens, sowie den Interessen des Gleichgewichts im Orient und demgemäß den Interessen des allgemeinen Friedens konformere Lösung zu suchen. Von dem Augenblick an, da Europa sich der Frage bemächtigt und dieselbe unter der Aegide seiner moralischen Autorität auf das diplomatische Terrain verlegt, könne man aus den versöhnlichen und friedlichen Dispositionen, welche alle Großmächte beseelen, die Hoffnung schöpfen, daß die soeben ausgebrochene Krisis keine weitere Ausdehnung annehmen und schnelle Beilegung finden werde.

— Aus Amsterdam wird von gestern Abend die Fortsetzung der dortigen sozialistischen Straßendemonstrationen gemeldet: In den Abendstunden fanden in den Straßen abermals Menschen Ansammlungen statt, größere, vorwiegend aus Sozialdemokraten bestehende Menschentrupps durchzogen, von Tausenden von Neugierigen gefolgt, unter dem Gesange sozialistischer Lieder die Straßen, die Polizei beschränkte sich aber auf deren Ueberwachung; ernstere Ruhestörungen kamen nicht vor.

Wenn der Amsterdamer Korrespondent des „Figaro" nicht übertreibt, steht Holland vor der ernsten Gefahr einer Revolution. Von Ursprung ist die Bewegung, wie er darlegt, allerdings keine eigentlich sozialistische; sie umfaßt eine ganze Menge von Gesellschaftskreisen und richtet sich zunächst gegen den Wahlzensus. Derselbe ist in den verschiedenen Städten von verschiedener Höhe Im Haag ist nur Wähler, wer mindestens 70 fl. (etwa 12 Mk) direkte Steuern bezahlt. Nun ist freilich in Holland der Geldwerth geringer, als in den meisten benachbarten Ländern, aber der Zensus ist auch unter solchen Umständen noch sehr hoch. Allerdings nimmt die Zahl der Wähler fortwährend zu, aber mit dieser Ausdehnung des Wahlrechtes ist Niemand zufrieden, da sie lediglich aus den fortgesetzten, durch den Krieg mit Atchin in erster Linie veranlaßten Steuererhöhungen hervorgeht. Die Unzufriedenen theilen sich in drei Gruppen. Von diesen ist die „niederländische Liga für allgemeines Wahlrecht" die gemäßigtste. Ihr gehören Professoren und Beamte ohne Vermögen, sowie alle Arten wenig begüterter, von Hause aus arbeitsamer und ruhiger Leute an. Sie wären durch eine Herabsetzung des Zensus und ein den Bildungsgrad in Betracht ziehendes Wahlgesetz zufrieden zu stellen. Die zweite Gruppe, „die Arbeiterliga", rekrutirt sich, wie der Name erkennen läßt, aus den Werkstätten und Fabriken der großen Städte. Sie ist aus 91 Gesellschaften zusammengesetzt, welche ursprünglich einen rein professionellen Charakter hatten, mit der Zeit aber politische Vereinigungen wurden. Die dritte Gruppe, diejenige der Sozialdemokraten, ist einfach revolutionär, vielfach geradezu anarchistisch. Ihr in Amsterdam erscheinendes Organ begnügt sich augenblicklich, das allgemeine Stimmrecht zu fordern, die Leiblektüre der Mitglieder bilden aber „der Radikale" in Pest, „der Rebell", die Most'sche „Freiheit". Ihr Ziel ist, soweit sie nicht blos das Bestehende zerstören wollen, die sozialistische Republik. Tagtäglich entstehen in den großen Städten neue sozialdemokratische Vereine, welche mit auswärtigen Leitern, insbesondere in Paris, zusammenhängen. Der Hauptherd dieser Bewegung in den Niederlanden ist Rotterdam. Gegenwärtig haben diese Extremen längst die zuerst erwähnten gemäßigteren Vereinigungen in den Hintergrund geschoben; ihr Element ist die Straßendemonstration, welcher in Holland gesetzlich ein sehr weites Feld eingeräumt ist, und von ihnen sind alle die tumultuarischen Bewegungen ausgegangen, von welchen in der letzten Zeit wiederholt gemeldet wurde. Das eigentliche Haupt der Extremen ist ein früherer Pastor Namens Domela Nieuwenhuys, ein persönlich unantastbarer Charakter, aber ein Schwärmer und rücksichtsloser Konsequenzreiter. Noch ist das Ende der Bewegung, welche gewaltsame Zwischenfälle keineswegs ausschließt, nicht abzusehen.

— Der französische Kriegsminister hat dem Staatsrath einen Gesetzentwurf über die Verfolgung der Spionage in Frankreich vorgelegt, über welches Verbrechen sich die französische Strafgesetzgebung bisher ausschwieg Natürlich ist das Gesetz, so schreibt man aus Paris dem „B. T.", in erster Linie gegen „die deutschen Spione gerichtet, die zu Tausenden Frankreich überschwemmen". Es ist immer noch sehr unklar, aus welchem Gefühl in Frankreich die Spionenriecherei hervorgeht. Ist's Furcht, die traurige politisch-moralische Erziehung unter dem Kaiserreich, ist's ein Uebermaß von Stolz, um nicht zu sagen Eitelkeit, auf die heimischen Einrichtungen, ist es Alles zusammen? Wer möchte es sagen! Die „France militaire" erzählt wieder einmal eine höchst phantasievolle Geschichte, wonach ein Generalmajor, Kommandant der 5-. Brigade in Mülhausen, mit seinem Adjutanten auf dem Glacis des Fort Servanice abgefaßt und auf Anordnung des Platz-Kommandanten in Belfort über die Grenze transportirt worden wäre. Beide Offiziere, in einem Ideenaustausch über die Nehmbarkeit des Forts und die gerade statthabenden Bergmanöver der französischen Jäger belauscht, hätten bei ihrer Gefangennahme zuerst erklärt, daß sie Schweizer Touristen seien. Es wäre erwünscht, zu erfahren, was an dieser Räubergeschichte Wahres ist.

— Im brasilianischen Parlament haben seit Jahren die heftigsten Kämpfe zwischen den Volksvertretern und dem Ministerium wegen Aufhebung der Sklaverei stattgefunden. Im Mai dieses Jahres schied nach einjähriger Wirksamkeit das Kabinet Dantas aus dem Amte; das darauf ans Ruder berufene Ministerium Saraiva hielt sich nur 3 Monate lang; beide mußten demissioniren, weil die Mehrheit der Deputirtenkammer die Gesetzentwürfe betreffend die Aufhebung der Sklaverei hartnäckig verwarf. Wie jetzt eine Kabeldepesche aus Rio de Janeiro meldet ist das vor etwa 6 Wochen gebildete Kabinet Cotegipe glücklicher als seine Vorgänger gewesen. Beide Kammern haben den Gesetzentwurf über die Aufhebung der Sklaverei in Brasilien angenommen. Es gereicht dem Kaiser Dom Pedro zur hohen Ehre, daß er, die konstitutionellen Rechte seines Volkes wahrend, doch von der großen humanitären Aufgabe der Sklavenbefreiung nicht eher abließ, als bis es gelungen, zwischen seiner Regierung und seinem Parlament das gewünschte Einvernehmen herzustellen.

Kiel, 28. September. Mit dem heutigen Tage werden 100 Reservisten des Maschinenpersonals der 1. Werft-Division behufs Ableistung einer dreiwöchentlichen Uebung in die genannte Division eingestellt. Diese Uebung wird sich auf Ausbildung im Infanteriedienst, Instruktion auf außer Dienst gestellten Schiffen der kaiserl. Werft, sowie praktische und theoretische Ausbildung in der Bedienung von Kessel und Maschine S. M. Maschinenschulschiff „Hansa" erstrecken.

Ausland.

Paris, 27. September. Die Jünger Gambettas werden die Wahlen beherrschen und ihre Herrschaft ist auf Jahre wieder gesichert. Die „Agence Havas" spricht dieses große Wort gelassen aus, und allerdings haben die Gegner dieser Sippe sich so toll und unklug benommen, daß ihre Aktien mit jeder neuen Wahlrede und Wahlversammlung tiefer heruntergegangen sind. An Sport fehlt es schon jetzt nicht. Die Radikalen hatten sich die Sache so gedacht: ihr Programm sollte ein Pickalick sein, wozu Jeder seinen Senf gebe, damit jeder Wähler etwas Pikantes für seinen Geschmack fände. Die Beisteuern erweisen sich jedoch zu stark und mit rothem Pfeffer gewürzt. Der Pariser Zentralausschuß zeigt sich übrigens folgerichtig, wenn er lauter Stadträthe auf die Liste setzt, und zwar aus der Gruppe der Autonomisten; zudem hat, wie er schlau verräth, dieses Vorgehen den Vortheil, daß im Gemeinderathe Platz für Rothe gemacht wird, die man nicht in die Kammer bringen kann. Der „Temps" vergleicht das Treiben der Radikalen mit einer großen Kandidaturen-Auktion. In der Provinz zeigen sich die Lokaleinflüsse so stark, daß in vielen Ausschüssen die Liste aus den bisherigen Vertretern der Arrondissements besteht und erklärt wird, „auswärtige Kandidaten würden in dem betreffenden Departement nicht aufgenommen." Eine Anzahl Kandidaten tritt mit der Erklärung auf, sie seien ganz provinziale, z. B. ganz Gascogner, ganz Berrysche, ganz provencalische Mannen. Die „Korr. Havas" kündigt eine Kammer an ähnlich der Nationalversammlung von 1871, die gleichfalls durch Abstimmung nach Departementslisten gewählt wurde. Die Versammlung von 1871 hatte aber 2 Prinzen, 7 Herzöge, 30 Marquis, 52 Grafen, 17 Vicomtes, 17 Barone und 97 schlichte Von-Herren zu Mitgliedern. Dazu kamen u. A. 163 große Gutsbesitzer, 155 Advokaten, 48 Fabrikanten, 45 höhere Offiziere, 35 frühere Gemeinderäthe, 25 Ingenieure, 23 Aerzte, 21 Professoren 2c.

Paris, 28. September. Der bisherige türkische Botschafter hierselbst, Essad Pascha, verabschiedete sich heute vom Minister des Auswärtigen Freycinet und soll, ohne die Ankunft seines Nachfolgers abzuwarten, schon in den nächsten Tagen Paris verlassen wollen, um den Berliner Posten zu übernehmen. Der „Temps" meldet, der Sultan habe seinen Botschaftern den Befehl übersandt, bei den Mächten darauf zu dringen, daß die Berathungen über die Vorgänge auf der Balkan Halbinsel so bald als irgend möglich beginnen. Aus Madrid hört man, daß der Zustand des Marschalls Serrano sich verschlimmert und die Aerzte die Hoffnung auf Wiederherstellung aufgegeben haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. September. Der zum Reichsgerichtsrath ernannte Landgerichtspräsident Zander in Stolp ist bereits seit 1. Oktober 1879 Präsident. Er hat in der preußischen Justizverwaltung eine außerordentlich schnelle Karriere gemacht. In den 60er Jahren war er Kreisrichter in Lenzen, wo er 1871 zum Kreisgerichtsrath befördert wurde. 1872 wurde er als Deputationsdirigent nach Schwedt versetzt und 1874 zum Kreisgerichtsdirektor in Templin befördert. Bei der Justizreorganisation wurde er Präsident des Landgerichts in Braunsberg, von wo er Ende 1880 nach Stolp versetzt wurde; er ist der vierte Landgerichtspräsident, der seit den letzten zwei Jahren Reichsgerichtsrath geworden ist.

— Landgericht. Strafkammer I. Sitzung vom 29 September. — Auf einem Grundstück in der Gartenstraße in Grünhof wohnen ein Materialwaarenhändler R. und ein Handelsgärtner F zur Miethe, doch scheinen dieselben nicht auf freundlichem Fuße zu leben, sondern als feindliche Nachbarn. Am 13. August v. J. ließ R. eine Fuhre Mauersteinbruch fahren und in einem Vorgarten abladen, welcher zu dem von F gepachteten Garten als Zugang diente. F. fühlte sich hierdurch in seinen Rechten gekränkt und ließ den R. auffordern, den Schutt wieder beseitigen zu lassen; dieser kam jedoch der Aufforderung nicht nach, selbst nicht, als F drohte, die Hülfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Schließlich ließ F. von seinen Leuten den Schutt fortbringen und denselben zur Ausfüllung der im Garten entstandenen Rinnen benutzen. R. denunzirte nun gegen F. wegen Diebstahls und stand auch in dieser Sache am 15. Juni d. Js. vor dem hiesigen Schöffengericht Termin an, welcher jedoch mit kostenloser Freisprechung des F. endete, da der Gerichtshof annahm, daß weder Diebstahl noch Unterschlagung vorlag. Gegen dieses Urtheil legte die königliche Staatsanwaltschaft Berufung ein und stand heute in der Sache in zweiter Instanz Termin an, doch auch heute fällte der Gerichtshof ein freisprechendes Urtheil und verwarf die Berufung des Herrn Staatsanwalts, indem angenommen wurde, daß zwar von Seiten des F. ein Akt der Selbsthülfe vorgenommen sei, daß aber von einer rechtswidrigen Aneignung nicht die Rede sein könne, denn es handele sich um ein fast werthloses Objekt, welches fortgeschafft werden mußte und zu dessen Fortschaffung eventuell die Hülfe der Polizei hätte in Anspruch genommen werden können.

Einem Einwohner von Usedom, Namens Fork, waren im März d Js. zwei Stück Leinen von 96 resp 76 Ellen im Werthe von circa 90 Mark entwendet und lenkte sich der Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben, auf die in demselben Hause wohnhafte Wittwe Marie Albrecht, geb Frese, und deren Tochter, die verehelichte Arbeiter Marie Martins, geb. Albrecht, und fand man in deren Wohnung auch einen größeren Posten Leinen, über deren redlichen Erwerb sich dieselben nicht ausweisen konnten. Es wurde gegen Beide Anklage wegen Diebstahls resp. Hehlerei erhoben, doch leugneten dieselben in dem heute deshalb anstehenden Termin hartnäckig, durch die Beweisaufnahme wurde jedoch die Schuld Beider für erwiesen erachtet und sie zu je drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Des Königs Befehl." Lustspiel in 4 Akten.

Aus den Provinzen.

Stolp, 28. September. Am letzten Sonnabend hielt die Familie von Zitzewitz im „Hotel de Prusse" hierselbst ihren Familientag ab. Um 11 Uhr fand die Berathung und die Bekanntmachung des neu genehmigten Familienstatuts statt und um 4 Uhr vereinigten sich die Damen und Herren der Familie zu einem gemeinsamen Mittagsessen. Der Familien-Vorsteher, Herr v. Zitzewitz-Bornzin, brachte das Wohl Sr. Majestät aus und wurde folgendes Telegramm an Se. Majestät gesandt: „Eurer Majestät unterbreitet die in Stolp versammelte Familie von Zitzewitz die allerunterthänigsten Ausdrücke der unverbrüchlichsten Treue." Um $9\frac{1}{2}$ Uhr kam von Baden-Baden als huldvolle Antwort nachstehendes Telegramm:

> „Ich danke der Familie von Zitzewitz aufrichtig für die mir dargebrachten Gesinnungen der Treue, die ich immer in der Familie gekannt habe. Wilhelm."

Von zwei Damen wurde der Familie ein Banner übergeben.

Vermischte Nachrichten.

— (Naturerscheinung.) Der „Hall. Ztg." geht unterm 19. d. aus Lützen in der Provinz Sachsen folgende Meldung zu: Gestern Nachmittag in der fünften Stunde war hier eine seltene Naturerscheinung zu beobachten. Im Nordwesten von uns, bei Roßbach, erhob sich eine Wolke, die anfänglich für eine Rauchwolke gehalten wurde. Dieselbe stieg höher, wurde roth und wieder grau, kam uns näher und näher, wurde größer und verursachte in unserer Nähe einen leisen eiskalten Luftzug, der bei der gestrigen großen Wärme Allen auffallen mußte. So schnell die Wolke zu uns kam, ebenso schnell, wenn nicht noch schneller, ging sie von uns und verschwand im Südosten aus unserem Gesichtskreis.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Kiel, 29. September. Der jetzige Oberwerft-Direktor in Wilhelmshafen, Kapitän zur See Stenzel ist zum Geschwaderchef des zu formirenden Schulgeschwaders und Kapitän zur See Karcher zum Oberwerft-Direktor in Wilhelmshafen ernannt worden.

Innsbruck, 29. September. Die Südbahn ist auf der Strecke Salurn-Neumarkt durch das Hochwasser zerstört; die Reichsstraße ist überfluthet und der Verkehr unterbrochen. Die Etsch ist an mehreren Stellen ausgetreten und hat die Kommunikationen zerstört. Aus einigen Gegenden fehlt jede Nachricht.

Triest, 29. September. Gestern Abend wüthete hierselbst ein furchtbarer Südweststurm. Sämmtliche Ufer und die umliegenden Straßen sind überschwemmt. Ein österreichisches Barkschiff ist gesunken, die Mannschaft jedoch gerettet.

Paris, 29. September. Die „Republique francaise" sagt: Der Friede des Kontinents erheische die Anerkennung der vollendeten Thatsachen in Bulgarien, ohne daß die Existenz der Ueberreste des ottomanischen Reiches in Europa in Frage gestellt werde.

Brüssel, 29. September. Der Kongostaat tritt vom Januar ab dem Weltpostverein bei.

Der König, vom General Nicaise und zwei Adjutanten begleitet, ist nach Baden-Baden abgereist.

Bukarest, 28. September. (Telegramm der „Agence Havas.") Die von Belgrad aus verbreitete Nachricht, wonach zwischen Serbien, Griechenland und Rumänien ein Einverständniß bezüglich einer gemeinsamen Aktion bestünde, wird von Seiten der rumänischen Regierung in formeller Weise als gänzlich unbegründet bezeichnet. Ebenso wird entschieden in Abrede gestellt, daß der Regierung irgendwelche Agitation willkommen sei. Um selbst den Verdacht einer solchen Agitation zu vermeiden, ist beschlossen worden, die im Herbst alljährlich stattfindenden Einberufungen von Mannschaften dieses Jahr zu unterlassen, und wird der König das Militär nur in den Garnisonen besichtigen.

Bukarest, 29. September. Wie verlautet, ist eine Verstärkung der Garnisonen in der Dobrudscha angeordnet worden. Der König empfing den in Spezialmission von Belgrad eingetroffenen serbischen Generaladjutanten Katargi.

Sofia, 28. September. Einige Agitatoren und Bandenführer sind an der Grenze verhaftet worden.

Belgrad, 28. September. Der Eisenbahnverkehr für Personen und Güter nach Nisch ist eingestellt, nach Nisch werden nur Truppen und Kriegsmaterial befördert.

Rom, 29. September. Die italienische Regierung hat gleichfalls Vorstellungen in Athen und Belgrad behufs Annahme einer ruhigeren Haltung gemacht.

London, 29. September. Lord Salisbury hat sich gestern nach Hatfield begeben. Der auf heute anberaumte Kabinetsrath ist bis zum 6. Oktober verschoben worden.

London, 29. September. England wird bei den Botschafter-Berathungen in Konstantinopel, deren Beginn alsbald nach Eintreffen des auf der Reise befindlichen deutschen Botschafters erwartet wird, durch den Gesandten White vertreten sein.